Editorial

Arbeit – Beschäftigung – Berufliche Bildung bilden ein institutionelles Dreieck mit hoher sozialer Spann- und Sprengkraft. Spätestens seit Anfang der 1980er Jahre sind seine Risiken und Gefährdungen in der soziologischen Diskussion. Was sich in „guten Zeiten“ ergänzt hatte, gefährdet sich zunehmend wechselseitig. Denn während der „kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz) in der Bundesrepublik Deutschland zu Ende ging und das Erwerbsarbeitsvolumen schrumpfte, wuchs das Erwerbspotenzial. Seither wird nicht nur die Krise der (Erwerbs-) Arbeitsgesellschaft verhandelt, sondern auch das mismatch von Personen und Positionen am Arbeitsmarkt, wie von beruflicher Bildung und Beschäftigungssicherheit. Es ist aber, um nur einige Aspekte der Krise zu nennen, weder die Verteilung vorhandener marktförmiger Erwerbsarbeit seither gerecht(er) gelöst noch werden (unbezahlte) Eigenarbeit und gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit nur annähernd proportional von Männern wie von Frauen übernommen; auch der Kampf um die Bewertung von Arbeit ist keineswegs geschlechtergerecht entschieden (siehe Helga Krüger i.d. Heft) und PISA- wie OECD-Studie zeigen, dass das deutsche Bildungssystem (Allmendinger/Dietrich i.d. Heft) Teil der Krise der (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft ist.

Das „fordistische Regime“ wird – und das ist der Kern des Krisendiskurses der 1990er Jahre – durch ein „Risiko-Regime“ abgelöst, durch die „politische Ökonomie der Unsicherheit, Ungewissheit und Entgrenzung“ (Beck 2000: 43). Die „Zukunft der Arbeit“

wird nun zunehmend entlang der Dimensionen Unsicherheit, Ungewissheit, Entgrenzung betrachtet und ist – darauf verweist nicht nur die aktuelle industriesoziologische Debatte – mit einer diesen Verhältnissen entsprechenden Neujustierung sozialer Sicherheit („flexicurity“) wie auch einer neuen, Ressort übergreifenden Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik (Allmendinger/Dietrich i.d. Heft) zu verbinden. Das wird vor allem dann notwendig, wenn Frauen zunehmend in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen (Nickel/Frey/Hüning i.d. Heft).

Eine Unmenge von Wissen – doch was ist Arbeit? So lautete ein von Heide Pfarr und Gudrun Linne im Jahre 1998 (FR vom 21. Dez. 1998) pointiert formuliertes Resümee zur sozialwissenschaftlichen Debatte um die Zukunft von Arbeit. Die Frage zielte auf die ausstehenden sozialwissenschaftlichen Debatten zum Arbeitsbegriff. Wie Christoph Deutschmann und Karin Lohr i.d. Heft am Beispiel der Industriesoziologie zeigen können, ist die Debatte im Gange, aber bis heute noch nicht an einem einigermaßen klaren definitorischen Punkt angekommen. Der theoretische wie empirische Ertrag scheint noch immer unklar zu sein.

Während Deutschmann für die Rückbesinnung auf den „alten“, von Marx inspirierten politökonomischen Begriff von Arbeit plädiert, statt immer neue Begriffe und Paradigmen – wie z.B. Wissensarbeit – zu erfinden, geht es Lohr darum, den Erkenntniswert der neuen Begriffe – Subjektivierung von Arbeit als Beispiel – tiefer aus-

zuloten und ihre Anschlussfähigkeit an traditionelle industriesoziologische Ansätze zu prüfen. Beiden Aufsätzen gemeinsam ist, dass sie angesichts eines immer schnelleren Umschlags von Theorien und Paradigmen für eine selbstkritische Reflexion des Faches votieren. Die Kategorie Arbeit scheint besonders geeignet zu sein, die Bewegung des Feldes „Industriesoziologie“ deutlich zu machen.

Wie Deutschmann zu Recht feststellt, liegt es nicht nur an der Eitelkeit von Theoretikern, dass in immer kürzeren Abständen neue Theorien mit immer geringerer Halbwertszeit entstehen. Nach Deutschmann hat das mit einem „Mythenzyklus“ des Kapitals zu tun, der nicht nur alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst, sondern mit einem enormen „Kreativitätsdruck“ verbunden ist, aus dem sich auch die „Subjektivierung der Arbeit“ erklärt.

Helga Krüger betrachtet das institutionelle Dreieck Arbeit – Beschäftigung – Berufliche Bildung von der beruflichen Bildung her, und zwar aus der Gender-Perspektive. Dabei wird deutlich: Nicht nur die Berufsbildung in Deutschland markiert im internationalen Vergleich einen Sonderweg, sondern auch die im Berufsbildungssystem eingelagerte Geschlechterstruktur und die damit verbundene Steuerung der Geschlechterfrage. Krüger arbeitet Geschlecht als ein geronnenes Organisationsprinzip von Beruflichkeit heraus, das nicht nur den Übergang von der Schule in den Beruf regelt, sondern Folgen für die Gestaltung von Geschlechterbeziehungen im Lebenslauf hat. Auf seinem Hintergrund überlagern sich auch in der jüngeren Generation in partnerschaftlichen Aushandlungsprozessen Rationalität und Normativität mit dem Effekt, dass sich die traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung immer wieder herstellt. Die noch offene Frage ist, ob der strukturelle Wandlungsdruck, der zu einem Bedeutungsverlust der (männlichen) Berufe in der Industrie und Warenproduktion und einer Bedeutungszunahme der (weiblichen) Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen führt, auch einen Druck auf die Verhältnisse im Berufsbildungssystem bewirkt. Bereits erkennbar ist eine gewisse Verschiebung der Geschlechterverteilung auf Branchen und

Berufe, das erlaube aber längst noch nicht, von veränderten Geschlechterstrukturen im Berufsbildungssystem auszugehen. Die Zukunft der dualen Ausbildung, von der vor allem männliche Berufe profitieren, ist ein deutscher Sonderweg, der unter Professionalisierungsaspekten und der Ausbildung von Fachberufen erfolgreich war. Krüger plädiert daher (ähnlich wie Deutschmann i.d. Heft) nicht für seine Abschaffung, sondern seine Integration ins Schulausbildungssystem, so dass auch „Frauenberufe“ künftig häufiger das Signum „Fachberufe“ tragen könnten.

Jutta Allmendinger und Hans Dietrich sind hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit des dualen Berufsbildungssystems eher skeptisch. Sie diskutieren anhand der Situation von Jugendlichen ohne Bildungs- und Ausbildungsabschluss vernachlässigte Potenziale des Beschäftigungssystems. Der „deutsche Bildungsnotstand“ wird faktenreich belegt und in seinen Ungleichheitseffekten problematisiert. Die Wiederkehr einer in der Bundesrepublik Deutschland als überkommen bezeichneten Exklusion ist auf diesem Hintergrund ebenso wenig von der Hand zu weisen wie das Entstehen von Armutslagen, die nicht mehr nur transitorischen Charakter tragen, sondern dauerhaft sind. Allmendinger und Dietrich bezweifeln ausdrücklich, dass eine auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt orientierte Ausrichtung der beruflichen Bildung die sozialen Disparitäten kompensieren kann. Stattdessen wäre der integrativen Funktion von „Tätigkeiten aller Art“ ein höheres Gewicht zuzumessen. Das verweist auf die demokratietheoretische Ebene des institutionellen Dreiecks Arbeit – Beschäftigung – Berufliche Bildung, denn bisher gibt es zwar eine Reihe von Empfehlungen von der Tätigkeitsgesellschaft bis zur Bürgerarbeit, aber keine wirklich funktionierende Alternative zum gesellschaftlichen Integrationsmodus „Erwerbsarbeit“.

Mit den hier versammelten Aufsätzen ist das Problemfeld „Arbeit – Beschäftigung – Berufliche Bildung“ nicht annähernd abgedeckt. Wohl aber werden Facetten der aktuellen arbeits-, beschäftigungs- und bildungssoziologischen Debatte in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar. Die Aufsätze von

Franz Seifert und Jan Delhey stellen Facetten eines anderen Diskurses dar. Sie füllen nicht die Leerstelle dieser Sammlung, denn was eindeutig fehlt, ist die Analyse der Internationalisierung von Arbeitsmärkten und -beziehungen wie auch die soziologische Problematisierung der These: „Kapital wird global, Arbeit bleibt lokal“ (Beck 1999: 470) und vieles mehr. In den Aufsätzen von Seifert und Delhey geht es um den Einfluss der EU. Fragt Delhey für den Zeitraum von 1970 bis 2000 unter einer modernisierungstheoretischen Perspektive nach Mechanismen und Grenzen einer EU-induzierten

Angleichung der Mitgliedsstaaten, so beschäftigt sich Seifert mit dem Öffentlichkeitsdefizit der EU und macht das am Beispiel der europäischen Anti-Gentechnik-Welle transparent. Beide Aufsätze ergänzen damit auf fruchtbare Weise das Schwerpunktheft.

Hildegard Maria Nickel

Berichtigung zu Heft 3/2003

Aufgrund eines technischen Fehlers ist Katrin Stoll (Universität Bielefeld) leider nicht auf der Seite 450 als Autorin des Tagungsberichts „Nationalliteraturen nach 1945: Autonomisierung, Professionalisierung, Internationalisierung“ ausgewiesen. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion